



Bundestags- brief

Nr. 151 • Die Woche im Bundestag • 06.06.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wahlen gewonnen – nun die Zukunft gestalten.

Wir haben die Europawahl klar als stärkste Kraft gewonnen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hat die Union nicht nur in Deutschland die Nase weit vorne. Auch europaweit liegen wir mit unserer Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei, an der Spitze. Damit ist klar, dass unser Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker neuer Präsident der Europäischen Kommission werden soll. In dem komplizierten Verfahren zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament sind jetzt hohe Diplomatie und nicht lauter Krawall notwendig.

Das Wahlergebnis bei der Europawahl in Deutschland zeigt auch, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen die Erfolge der europäischen Einigung ganz bewusst nicht aufs Spiel setzen will. Dies liegt auch daran, dass es den Menschen in Deutschland so gut geht wie noch nie. Deutschland hat denn auch nicht extrem links oder extrem rechts, sondern Stabilität gewählt.

Internationale Lage.

Aber auch außerhalb Deutschlands und der EU war der 25. Mai ein wichtiges Datum. In der Ukraine haben sich die Wähler in einer erfreulichen Eindeutigkeit für einen gemäßigten und besonnenen Kandidaten ausgesprochen. Präsident Poroschenko übernimmt sein Amt in einer schwierigen Zeit für sein Land. Obwohl die übergroße Mehrzahl der Ukrainer ein Auseinanderfallen des Staates ablehnt, treiben die Separatisten im Osten der Ukraine ihr zynisches Spiel weiter. Die schweren Kämpfe, die die regulären ukrainischen Streitkräfte um die Kontrolle der in ihre Gewalt gebrachten Regionen austragen, machen uns betroffen. Wir hoffen, dass es rasch zu Gesprächen und so zu einer friedlichen Auflösung der schwierigen Situation in diesem so

wichtigen Nachbarstaat der EU kommt. Wir appellieren an Russland, dass es seiner Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben in der Ukraine nachkommt.

Die Lage in der Ukraine war auch Thema beim europäischen Gipfel, über den wir diese Woche ebenso debattieren werden wie über den anstehenden G7-Gipfel. Deutschland steht zu seiner Verantwortung für Frieden und Freiheit weltweit und leistet einen wichtigen Beitrag zu Stabilisierung und Friedenssicherung. Nicht weniger als drei Bundeswehr-Mandate verhandeln wir in dieser Woche. In den intensiven Beratungen wird deutlich, welche Bedeutung wir jedem einzelnen Einsatz beimessen.

Allgemeiner Mindestlohn – Stärkung der Tarifautonomie.

Die Union hat großes Vertrauen in die Tarifvertragsparteien und die Tarifautonomie ist für uns ein hohes Gut. In keinem Land der Welt ist so eine partnerschaftliche Sozialkultur entstanden wie bei uns. Das ist das Ergebnis der hohen Verantwortungsbereitschaft der Tarifpartner. Auch künftig soll die Sorge für angemessene Löhne bei ihnen liegen. Funktionierende Tarifautonomie braucht starke Arbeitgeberverbände und starke Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder verbindliche Abmachungen treffen können.

Und für den Notfall muss es auch eine Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge geben, um auf soziale Verwerfungen durch ausländische Arbeitnehmer, die nach den Bedingungen ihrer Heimatländer entlohnt werden, angemessen reagieren zu können. Künftig können grundsätzlich in allen Branchen unterste Tariflöhne durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowohl für deutsche wie für ausländische Arbeitnehmer festgeschrieben werden, um Lohndumping wirksam zu verhindern.

Für die Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer gelten Tarifverträge. Aber wir sehen auch, dass die Tarifbindung stark abgenommen hat. Um soziale Verwerfungen in den Branchen zu verhindern, in denen keine Tarifverträge gelten oder Tarifverträge nur geringe Wirkungskraft entfalten, erhalten die Tarifvertragsparteien künftig neben den Möglichkeiten, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet, auch die Möglichkeit, in einer Mindestlohnkommission über die Anpassung des allgemeinen Mindestlohns zu beschließen, der zum 1. Januar 2015 in Höhe von 8,50 Euro je Stunde eingeführt wird. Damit setzen wir eine weitere Zusage aus dem Koalitionsvertrag um.

Wir werden alles daran setzen, dass der Mindestlohn keine Beschäftigung gefährdet. Um unerwünschte Wirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigungslage verhindern zu können, haben wir unsere Vorstellungen bereits eingebracht, etwa durch die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose. Es sind aber noch eine Reihe von Veränderungen durchzusetzen. Darüber verhandeln wir jetzt mit der SPD.

Daten und Fakten

Entlastung für Millionen Versicherte aufgrund niedrigerer Beitragszahlungen zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Der allgemeine Beitragssatz sinkt zum 1.1.2015 von jetzt 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent. Arbeitgeber und Arbeitnehmer bringen ihn zu gleichen Teilen auf. Die vom Einkommen unabhängigen, pauschalen Zusatzbeiträge wird es nicht mehr geben. Dafür können die Kassen künftig einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag von ihren Mitgliedern erheben, falls sie mit den Einnahmen nicht auskommen. Danach sieht es aber angesichts der Milliardenpolster bei vielen Kassen nicht aus. Rund 20 Millionen gesetzlich Versicherte sind in einer Kasse, deren Finanzsituation es erlauben würde, 2015 mit einem geringeren Zusatzbeitrag auszukommen. Von den 133 Kassen haben lediglich vier Finanzprobleme, also weniger Rücklagen als das gesetzliche Soll von einem Viertel der Monatsausgabe. Keine Kasse hat Schulden. Im Gegenteil: 62 Kassen weisen Finanzreserven zwischen einem Viertel der Monatsausgabe und 1,5 Monatsausgaben aus. 67 Kassen haben sogar mehr als 1,5 Monatsausgaben als Rücklage. Und dies obwohl die Ausgaben in den letzten zehn Jahren durch-

schnittlich um 6 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent im Jahr gestiegen sind. Auch in den kommenden Jahren werden die Kassen bemüht sein, die Beiträge möglichst stabil zu halten und effizient zu wirtschaften. (Quelle: Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der Gesetzlichen Krankenversicherung, [BT-Drs. 18/1322](#))

Deutschland ist beliebtes Zuwanderungsland. Die Zahl der dauerhaften Zuwanderer ist im Jahr 2012 auf 400.000 gestiegen. Das entspricht einem Anstieg von 38 Prozent gegenüber dem Vorjahr und macht Deutschland in der OECD zum zweitbeliebtesten Einwanderungsland nach den USA. Zu den dauerhaften Zuwanderern zählen solche, die entweder eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung haben oder aus der EU kommen und länger als ein Jahr hier bleiben, ausgenommen Studenten. Drei Viertel der Zuwanderer kamen aus anderen EU-Mitgliedstaaten, darunter 85.000 aus Polen, 56.000 aus Rumänien und 31.000 aus Ungarn. Als Gründe für den Anstieg der Zuwanderungszahlen nennen die OECD-Experten die gute Arbeitsmarktlage in Deutschland und die weiterhin schwierige ökonomische Situation in den südeuropäischen Ländern. (Quelle: OECD)

Bundeskanzlerin Merkel auch 2014 „Einflussreichste Frau der Welt.“ Die deutsche Bundeskanzlerin ist aus Sicht der US-Magazine „Time“ und „Forbes“ die mächtigste und einflussreichste Frau der Welt. „Forbes“ erkannte ihr den Titel seit 2006 jährlich zu - mit Ausnahme des Jahres 2010, als sie nur den vierten Rang belegte. Als erster Frau überhaupt verlieh ihr das Magazin 2012 nach US-Präsident Barack Obama den zweiten Rang unter den einflussreichsten Personen der Welt. Das Magazin „Time“ führte sie seit 2004 bis 2012 bereits fünfmal unter den 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt und nominierte sie nun erneut für 2014. Die Bundeskanzlerin ist damit für das US-Magazin die einflussreichste Ausländerin. Gelobt wird sie für ihre Leistung für den Zusammenhalt und das Erstarken der Wirtschaft in der Europäischen Union, ihre Leistungsbereitschaft und hohe Arbeitsmoral – aber auch ihre Orientierung an Konsens und Kompromiss, die die Interessen aller Partner berücksichtige. (Quelle: *Time, Forbes*)